

Positionierung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion zum Digitalpakt Schule

11. September 2018

Den Digitalpakt Schule endlich umzusetzen, ist für uns eines der wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben dieser Wahlperiode. Alle allgemein- und berufsbildenden Schulen sollen davon profitieren. Mit ihm wollen wir die Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten sowie das Lernen in der Schule leichter machen und modernisieren. Gemeinsam im Schulterschluss von Bund, Ländern und Schulträgern wollen wir die Stärkung der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen bundesweit vorantreiben.

Die SPD-Bundestagsfraktion will den Digitalpakt unbedingt zum Erfolg führen. Damit das gelingt, sind folgende Punkte entscheidend:

- Unser Ziel ist es, mit der Umsetzung des Digitalpakts zum 1. Januar 2019 zu starten. Das Geld hat unser sozialdemokratischer Finanzminister vorzeitig bereitgestellt. Damit hat die SPD ihren Teil der Arbeit erledigt und die Verabredung eingehalten. Das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ umfasst 2,4 Milliarden Euro für den Digitalpakt Schule und den Gigabitnetzausbau.
- Die Verhandlungen zur notwendigen Verwaltungsvereinbarung sind gestartet. Nun liegt es an der Bundesbildungsministerin, diese mit den Ländern konstruktiv zu führen. Das BMBF muss für den zeitnahen Abschluss der Verhandlungen sorgen. Die Antragsvoraussetzungen und -verfahren müssen angemessen praktikabel und somit attraktiv formuliert sein. Das ist ausschlaggebend für den Erfolg.
- Der Appell der Bildungsministerin an die Länder, Kommunen und Schulen, die notwendige konzeptionelle Vorbereitung individuell in Angriff zu nehmen, ist richtig. Zu diesem Zeitpunkt ist sie jedoch den Antragstellern eine weitere zielführende Kommunikation und Unterstützung schuldig. Sie brauchen jetzt verlässliche Informationen und Planungssicherheit. Die Erwartungshaltung ist bei allen Akteuren im Bildungsbereich sehr groß. Sie darf nicht erneut enttäuscht werden. Wir fordern, dass Ministerin Karliczek mehr Transparenz ins Verfahren bringt. Die möglichen Antragssteller haben unzählige Fragen zur Förderfähigkeit, zum Antragsverfahren und zum Zeitpunkt der Mittelvergabe. Derzeit bekommen sie darauf keinerlei Antwort. Das muss sich ändern.
- Alle Kinder und Jugendlichen, deren Eltern es sich nicht leisten können, die für den Unterricht nötigen digitalen Geräte zu kaufen, müssen über den Digitalpakt Unterstützung bekommen können. Das ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Frage der Gerechtigkeit. Hierfür brauchen wir eine gute Lösung.

- Die Abschaffung des Kooperationsverbots ist für uns die Voraussetzung für den Start des Digitalpakts und eine große Chance. Diese müssen wir nutzen. Zugleich bedeutet dieser Schritt eine große Verantwortung, den neuen kooperativen Bildungsföderalismus als spürbaren Erfolg für die Schulen, Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sowie die Lehrkräfte zu gestalten. Mit der Öffnung für die Unterstützung seitens des Bundes muss sichergestellt sein, dass der Digitalpakt gerade deshalb gut gelingt, weil Bund und Länder gemeinsam dasselbe Ziel verfolgen. Nämlich, für die Schülerinnen und Schüler die digitale Lernumgebung zu schaffen, die sie brauchen.